

Das Parteibuch ist auch im Ständerat dabei

Wie rechts oder links stimmen die Parlamentarier der kleinen Kammer?

Anders als im Nationalrat ist der rechte Pol im Ständerat dünn besetzt. Ganz rechts aussen politisiert einzig der Schwyzer Ständevertreter Peter Föhn. Auffällig ist die ideologische Lücke zwischen FDP und SVP.

MICHAEL HERMANN
UND DAVID KRÄHENBÜHL

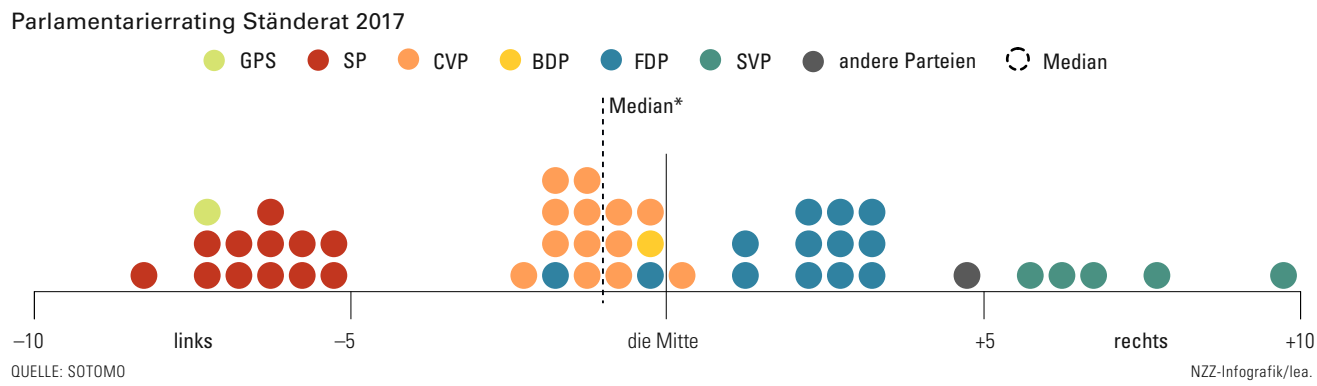
Der Druck, linientreu zu stimmen, ist im Ständerat weniger ausgeprägt als im Nationalrat, dessen Links-rechts-Positionierung bereits publiziert wurde. Entsprechend decken die einzelnen Fraktionen im Links-rechts-Rating ein breiteres politisches Spektrum ab als ihre Gegenstücke im Nationalrat.

Da die Ständeräte nicht über eine Parteiliste, sondern in einer direkten Personenwahl gewählt werden, können sie von ihren Parteien weniger unter Druck gesetzt werden. Wie die Verteilung zeigt, spielt jedoch auch im Ständerat das Parteibuch eine durchaus zentrale Rolle für die politische Position der Ratsmitglieder im Spektrum zwischen -10 (links) und +10 (rechts).

Maury Pasquier ganz links

Klar am linken Rand des Rats ist die Genfer Sozialdemokratin Liliane Maury Pasquier (-8,3) positioniert. An zweiter Stelle von links folgt Robert Cramer (-7,5). Der Grüne komplettiert die Genfer Delegation im Ständerat, die dort mit einer wahrhaft ungeteilten linken Ständestimme vertreten ist. Ideologisch noch geschlossener tritt einzig die Walliser Vertretung im Ständerat auf. Der Oberwalliser Beat Rieder (-1,2) und der Unterwalliser Jean-René Fournier (-1,0) besetzen genau die Mitte des Rats.

Mitte bedeutet in diesem Fall, dass gleich viele Kollegen und Kolleginnen links und rechts der beiden Walliser CVP-Politiker politisieren. Das Wallis spielt somit gewissermassen das Zünglein an der Waage im Ständerat. Das breiteste ideologische Spektrum deckt der Kanton St. Gallen im Ständerat ab. Während SGB-Präsident Paul Rechsteiner (-6,9) im linken Flügel der SP-Dele-



gation politisiert, positioniert sich Karin Keller-Sutter (2,0), entgegen ihrem Ruf als Rechtsfreisinnige, gegenwärtig in der Mitte ihrer Fraktion.

Müller wieder rechts

Der markanteste Unterschied zum Nationalrat ist der dünn besiedelte rechte Pol. Die SVP ist in der kleinen Kammer nur mit fünf Personen vertreten. Ganz rechts aussen politisiert einzig Peter Föhn (9,8). Am ehesten in Richtung des Schwyzers orientiert sich der Glarner SVP-Politiker Werner Hösl mit einem Ratingwert von 7,6. Alex Kuprecht, der zweite Schwyzer Ständerat, politisiert ebenfalls für die SVP.

Ganz geschlossen ist die Schwyzer Ständevertretung dennoch nicht. Mit einem Wert von 5,9 markiert Kuprecht den linken Rand der SVP im Ständerat.

Nicht anders als im Nationalrat klafft auch im Ständerat eine ideologische Lücke zwischen SVP und FDP. In dieser Lücke ist der parteilose Schaffhauser Thomas Minder (4,8) politisch zu Hause. Am anderen Ende der Lücke steht der ehemalige FDP-Präsident Philipp Müller (3,4). Nachdem sich Müller im Lauf seiner Nationalratskarriere von rechts Richtung Mitte seiner Fraktion bewegt hat, markiert er im Ständerat nun wieder klar den rechten Pol seiner Partei.

Sein Gegenstück am linken Rand der Partei ist der Neuenburger Raphaël

Comte (1,6). Bei der CVP erstreckt sich das politische Spektrum nicht ganz so weit. Es reicht vom Urner Isidor Baumann (0,0) bis zur Jurassierin Anne Seydoux (-2,4).

Kein Zufall dürfte sein, dass auch bei der CVP der linke Pol von einer Vertreterin der Romandie besetzt ist. Im Ständerat ist der Sprachgraben noch viel stärker ausgeprägt als im Nationalrat, wo er sich in den letzten Jahren zunehmend abgeschwächt hat. Mit dem Waadtländer Freisinnigen Olivier François (1,0) politisiert ein einziger Romand rechts der Mitte. Welsche SVP-Vertreter sucht man hier vergeblich. Weit stärker ausgeprägt als im Nationalrat ist der Sprachgraben auch bei der SP. Das liegt insbesondere

daran, dass ihr deutschschweizerisch geprägter sozialliberaler Flügel hier seine womöglich letzte Hochburg hat. Sein bekanntes Aushängeschild und zugleich die am weitesten rechts positionierte SP-Vertreterin (-5,2) ist Pascale Bruderer.

Ideologische Landschaft

Weil im Ständerat, anders als im Nationalrat, nicht sämtliche, sondern nur jeweils die Schluss- und Gesamtabstimmungen namentlich erfasst werden, beruht diese Analyse der Links-rechts-Positionierungen auf einer wesentlich schmäleren Datenbasis. Im vergangenen Ratsjahr wurden lediglich 173 Abstimmungen erfasst, von denen der grössere Teil unbestritten war. Dennoch reichen diese wenigen Abstimmungen, um ein durchaus nuanciertes Bild der ideologischen Landschaft der kleinen Kammer zu zeichnen.

Michael Hermann ist Leiter der Forschungsstelle Sotomo, David Krähenbühl wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sotomo

Wie das Rating der Parlamentarier zustande kommt

Das Nationalratsrating, das in der Ausgabe vom Donnerstag veröffentlicht wurde, wird seit 2012 mit der Methode «DW Nominate» berechnet. Für den Ständerat in dieser Ausgabe der NZZ, wird seit 2015 «Alpha Nominate» verwendet. Diese Methoden wurden für den amerikanischen Kongress entwickelt und bilden die ideologische Ausrichtung der Parlamentarier ab, ohne dass die einzelnen Abstimmungen bewertet werden müssen. «DW Nominate» bildet zusätzlich Trends in der Positionierung ab. Aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis sind die Werte von National- und Ständerat nicht direkt vergleichbar und werden deshalb getrennt publiziert.

Das Rating erscheint seit 1999 in der NZZ. Die Forschungsstelle Sotomo erstellt es alljährlich für unsere Zeitung.

Die Ständeratsmitglieder auf der Links-rechts-Achse

Name	Kanton	Rating	Name	Kanton	Rating	Name	Kanton	Rating
CVP-Fraktion			Caroni Andrea	AR	2,9	Savary Géraldine	VD	-6,7
Baumann Isidor	UR	0	Wicki Hans	NW	2,6	Rechsteiner Paul	SG	-6,9
Häberli-Koller Brigitte	TG	-0,5	Eder Joachim	ZG	2,6	Levrat Christian	FR	-7,1
Engler Stefan	GR	-0,9	Noser Ruedi	ZH	2,3	Fetz Anita	BS	-7,2
Lombardi Filippo	TI	-1	Dittli Josef	UR	2,1	Maury Pasquier Liliane	GE	-8,3
Fournier Jean-René	VS	-1	Keller-Sutter Karin	SG	2	SVP-Fraktion		
Rieder Beat	VS	-1,2	Müller Damian	LU	1,4	Föhn Peter	SZ	9,8
Bischofberger Ivo	AI	-1,3	François Olivier	VD	1	Hösl Werner	GL	7,6
Hegglin Peter	ZG	-1,3	Abate Fabio	TI	-0,2	Germann Hannes	SH	6,9
Bischof Pirmin	SO	-1,3	Comte Raphaël	NE	-1,6	Eberle Roland	TG	6,2
Vonlanthen Beat	FR	-1,9	SP-Fraktion			Kuprecht Alex	SZ	5,9
Ettlin Erich	OW	-2	Bruderer Wyss Pascale	AG	-5,2	Minder Thomas	SH	4,8
Graber Konrad	LU	-2	Janiak Claude	BL	-5,5	BDP-Fraktion		
Seydoux-Christe Anne	JU	-2,4	Stöckli Hans	BE	-5,6	Luginbühl Werner	BE	-0,4
FDP-Fraktion			Jositsch Daniel	ZH	-5,6	Grüne Fraktion		
Müller Philipp	AG	3,4	Hêche Claude	JU	-6,4	Cramer Robert	GE	-7,5
Hefti Thomas	GL	3,1	Zanetti Roberto	SO	-6,4			
Schmid Martin	GR	3,1	Berberat Didier	NE	-6,5			

Mehr Koordination bei IT-Sicherheit

Das Parlament besteht auf ein Kompetenzzentrum – gegen den Willen des Bundesrats

Fragen der IT-Sicherheit solle der Bund zentral koordinieren, verlangen die beiden Räte. Der Bundesrat arbeitet bereits daran – allerdings gehen seine Pläne weniger weit.

LUKAS MÄDER, BERN

Das Resultat war deutlich wie selten: Mit nur zwei Gegenstimmen sagte der Nationalrat am Donnerstag Ja zu einem Kompetenzzentrum für Cyber-Security beim Bund. Mit vier Nein-Stimmen fast ebenso klar hatte bereits im September der Ständerat der entsprechenden Motion von Joachim Eder (fdp., Zug) zugestimmt. Die Einigkeit erstaunt insbesondere auch deshalb, weil der Bundesrat den Vorstoss bekämpft hatte. «Wir arbeiten daran», sagte Finanzminister Ueli Maurer, dessen Departement bei Informatikfragen in der Bundesverwaltung federführend ist.

Als Beweis für das Engagement des Bundes zählte Maurer die verschiedenen Aktivitäten im Bereich IT-Sicherheit auf: Überarbeitung der nationalen Cyberstrategie, Erstellung eines Berichts zur Datensicherheit, der Bericht zur Cyber-Security des Finanzplatzes, Aufträge an die Armee zur Verbesserung der IT-Sicherheit sowie die Tätigkeit der Melde- und Analysestelle Informationssiche-

rung (Melani). Die Breite der Projekte zeigt jedoch nicht nur den Aktivismus der Bundesverwaltung. Sie erweckt auch den Eindruck, dass mehr Koordination tatsächlich angebracht wäre.

Der Bundesrat selbst gesteht in seiner Antwort auf Eders Motion ein, dass «bei grösseren Cyberfällen» jeweils eine departementsübergreifende Task-Force eingesetzt werde. Sie soll ein koordiniertes Vorgehen sicherstellen. Angesichts der wachsenden Zahl von Angriffen ist klar, dass eine solche Ad-hoc-Lösung nicht mehr zukunftstauglich ist.

Derzeit gibt es beim Bund zwei Organisationen, die in Ansätzen die Funktion eines Kompetenzzentrums haben: Melani und das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB). Melani befasst sich mit Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen wie Elektrizitätswerke oder Telekommunikationsanbieter und informiert auch KMU und die Bevölkerung. Die Stelle ist eine Kooperation von ISB, angesiedelt beim Finanzdepartement, und dem Nachrichtendienst des Bundes, der Teil des Verteidigungsdepartements ist. Das ISB wiederum ist für die Umsetzung der IT-Strategie innerhalb der Bundesverwaltung zuständig und erlässt Mindeststandards für die Cyber-Security, die innerhalb der Verwaltung gelten.

Ein künftiges Kompetenzzentrum beim Bund könnte auf der heutigen Melani basieren. Darüber sind sich der Motionär Eder wie auch Bundesrat

Maurer einig. Weniger klar ist, wie eine neue Bundesstelle für IT-Sicherheit ausgestaltet sein soll. Für Ständerat Eder müsste das Kompetenzzentrum alle Aktivitäten der Departemente in diesem Bereich koordinieren. Zusätzlich soll es den Kontakt zu den Hochschulen, zur IT-Branche sowie zu den kritischen Infrastrukturen halten.

Ein konkreteres Bild vor Augen hat der SVP-Nationalrat und IT-Unternehmer Franz Grüter. Ihm schwebt ein nationales Cyber-Lagezentrum vor, in dem alle Meldungen zu IT-Vorfällen zusammenlaufen. Ausgestattet mit Technologien und Know-how, könnten die Spezialisten dort Lagebeurteilungen vornehmen, Massnahmen ergreifen oder Warnungen publizieren sowie Angriffe analysieren. Auch die militärische IT-Sicherheit könnte zumindest kommunikativ angebunden sein.

Der Bundesrat will nicht so weit gehen, wie Maurer klarmachte. Melani werde ausgebaut, aber man dürfe kein neues Bundesamt für Sicherheit erwarten. Der militärische Teil werde zudem vermutlich selbständig bleiben. Mehr Stellen hätte Maurer allerdings gerne – wie auch Eder und Grüter. Konkreter wird die Idee eines Kompetenzzentrums dann mit der Publikation der neuen «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)», in die der Vorstoss einfließen wird. Sie soll im Frühjahr publiziert werden.

Ein grotesker Streit

Die Affäre Orllati-Nicod erreicht die Politik

ANDREA KUCERA, LAUSANNE

Die Waadtländer Umweltministerin Jacqueline de Quattro holt zur Gegenoffensive gegen einen Whistleblower aus. Er deckt seit über einem Jahr die Öffentlichkeit mit Briefen ein in denen er die Staatsrätin bezichtigt, mit dem Baukonzern Orllati unter einer Decke zu stecken. An einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz nahm de Quattro am Donnerstag erstmals Stellung zum unehelichen Streit zwischen zwei Konkurrenten, der sich zur Staatsaffäre ausgeweitet hat.

Die Staatsrätin bestätigte, im Sommer 2016 Vertreter von drei Immobilien- und Baufirmen empfangen zu haben, welche die Orllati-Gruppe bezichtigt hätten, auf ihrer Bauschutt-Deponie Umweltschutzaufgaben zu verletzen. Sie habe die Hinweise für plausibel gehalten und am 15. Juli 2016 der Staatsanwaltschaft übergeben, welche ein Verfahren eröffnet habe. «Ich war selbst erstaunt, als keine Verschmutzung nachgewiesen werden konnte», sagte de Quattro. Am 22. Mai 2017 stellte die Staatsanwaltschaft die Untersuchung ein. Die Vorwürfe gegen Orllati seien haltlos, schrieb der zuständige Staatsanwalt.

Die Affäre hätte an diesem Punkt ein Ende haben können, wenn sich in der Zwischenzeit nicht ein ehemaliger Chefredaktor der Zeitung «24heures» eingeschaltet hätte. Ab November 2016

schrrieb Fabien Dunand mehrere anonyme Briefe an de Quattros Staatsratskollegen, an sämtliche Parteizentralen und an die Medien, in denen er die Umweltministerin bezichtigte, die Verschmutzungen durch Orllati unter den Teppich zu kehren. Dabei war es doch de Quattro gewesen, die das Unternehmen angezeigt hatte – laut Dunand nur ein geschicktes Täuschungsmanöver.

Unter anderem argumentiert der inzwischen entlarvte Ex-Journalist, die Staatsrätin sei befangen, weil sie mit dem Pressesprecher Orllatis befreundet sei. In seinem jüngsten Brief von Anfang Dezember, adressiert an den Gesamtstaatsrat, fordert Dunand, de Quattro müsse das Dossier Orllati abgeben. Dieses Schreiben bewog die Behörden, in die Offensive zu gehen. Nicht nur stellte sich die Umweltministerin erstmals den Anfragen der Medien, der Kanton machte auch eine Reihe vertraulicher Dokumente dieses grotesken Zwists öffentlich: Die jüngste Antwort des Staatsrats an Dunand, in der die Anklagepunkte für haltlos erklärt werden. Den Brief de Quattros vom Sommer 2016, in dem diese die Orllati-Gruppe bei der Justiz anzeigt, sowie die Einstellungsverfügung durch den Staatsanwalt vom letzten Mai. Die meisten Fragen sind nach dieser Enthüllungs-Offensive beantwortet, wenn auch nicht alle. «Jetzt ist es an der Justiz, die letzten offenen Punkte zu klären», sagte de Quattro.